

**Magister en masse**  
**Die Philosophische Fakultät, wenn ein Fünftel**  
**des Jahrgangs zur Universität geht**

Hans-Jürgen Block

Die Philosophischen Fakultäten sind in den 60er und 70er Jahren im Zuge der Hochschulexpansion ausgebaut worden, weil überproportional viele Studenten geisteswissenschaftliche Fächer belegten, um Lehrer zu werden. Als Mitte der 70er Jahre immer weniger Lehrer eingestellt wurden, wandten sich immer mehr Studenten dem Magister-Abschluß zu. Lange Studienzeiten und hohe drop-out-Quoten sind unüberschbare Krisensymptome der Magister-Strategie, die bislang zur Ressourcensicherung für die Philosophischen Fakultäten höchst erfolgreich war. Komplementäre, aber auch alternative Strategien für die Entwicklung der vielfach überlasteten Philosophischen Fakultäten sind die berufsorientierten Diplom- und Aufbaustudiengänge, das Graduiertenkolleg und der Ausbau der Fachhochschulen. Die Philosophische Fakultät hat allerdings noch keine überzeugende Antwort auf den Wunsch von immer mehr Jugendlichen nach einem Hochschulstudium gefunden.

Die Forderung, das Studienangebot der Universität müsse sich ändern, wenn statt 5 % eines Altersjahrgangs 20 % studieren, ist ebenso einleuchtend wie unstrittig. Was aber folgt daraus für die Geisteswissenschaften, die von gut einem Viertel aller Universitätsstudenten gewählt werden? Immerhin repräsentieren sie die klassische "Idee der Universität". Wie hat die Philosophische Fakultät auf die Hochschulexpansion reagiert?

Die quantitative Dimension der Hochschulexpansion ist rasch beschrieben. 1960 lehrten 13.000 Wissenschaftler an den Universitäten der Bundesrepublik Deutschland. 1975 waren es 50.000 (Zahlenangaben einschließlich Pädagogische Hochschulen und Gesamthochschulen, jedoch ohne Hochschulkliniken). Seither wurde der Stellenbestand unter Hinweis auf leere Kassen und mit dem Versprechen auf baldige "Normallast" nach nur kurzfristiger "Überlast" für die Ausbildung der geburtenstarken Jahrgänge eingefroren. Wachstum gab es nur noch bei den Studenten- und Absolventenzahlen. Letztere stiegen von 28.000 im Jahre 1960 auf 88.000 im Jahre 1990. Hinzu kommen 53.000 Absolventen der 1969 gegründeten Fachhochschulen. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich ein tiefgreifender Umbruch in der Ausbildung der jungen Generation, der dazu geführt hat, daß heute 15 % und demnächst 20 % der Berufsanfänger studiert haben, während es 1960 erst 5 % waren. Wenn also demnächst die Absolventen aus den 60er Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheiden, dann kommen auf 100 von Universitätsabsolventen freigemachte Positionen 300 neu ins Berufsleben eintretende Universitätsabsolventen. Der langanhaltende Prozeß der sukzessiven "Akademisierung" von Berufen, die traditionell überwiegend oder ausschließlich von Fachkräften aus dem Dualen System der Berufsausbildung oder aus Fachschulen ausgeübt wurden, wird zwar weitergehen. Soweit aber nicht Positionen neu geschaffen werden, wird nur einer von drei Absolventen einen Arbeitsplatz erhalten können, auf dem schon vorher ein Universitätsabsolvent saß.

Mit diesem bislang ungebrochenen Trend zum Hochschulbesuch hat Deutschland das nachgeholt, was in anderen Industriegesellschaften vielfach schon in den 50er Jahren eingesetzt hatte. Die Pichtschen Kassandrarufo von Bildungsnotstand = Wirtschaftsnotstand und die gleichfalls aus dem Vergleich mit dem Ausland gewonnenen Warnungen der OECD vor einer Unterakademisierung sind nicht ohne Folgen geblieben. Nachdem die Politik anfänglich noch mit dem Slogan "Schick' Dein Kind auf die höhere Schule" für mehr Abiturienten geworben hatte, wurde bald auch bildungsfernen Bevölkerungsgruppen bewußt, wie wichtig Bildungszertifikate für den ökonomischen und gesellschaftlichen Erfolg in einer modernen Industriegesellschaft sind.

Bemerkenswerterweise haben der Ausbau der bestehenden Universitäten und 25 Universitätsneugründungen die Strukturen des Studienangebots der deutschen Universitäten kaum verändert. Die um ein Mehrfaches gestiegenen Studentenzahlen werden weiterhin in traditionellen Langzeitstudiengängen ausgebildet. In den Magisterstudiengängen liegt der Durchschnitt der tatsächlichen Studiendauer inzwischen bei 13 Semestern. Die beabsichtigte Strukturreform im Studienangebot ist ausgeblieben, der angestrebte höhere Anteil für die kürzeren Studiengänge wurde nicht erreicht. Im Gegenteil: Heute studieren auch Dolmetscher, Lehrer, Juristen, Betriebswirte, Landwirte und Apotheker, die früher mit 6 bis 8 Semestern auskamen, 10 und mehr Semester. Auch die Proportionen zwischen den Fakultäten blieben auf Ganze gesehen erstaunlich stabil, lediglich die Agrar- und Forstwissenschaften, die Veterinärmedizin und die Theologien blieben bei der Kapazitätserweiterung der Universitäten zurück. Im übrigen haben alle Fakultäten ihren Personalbestand in der Zeit der Hochschulexpansion fast im Gleichschritt ausgeweitet. So lehrten 1960 in den Philosophischen Fakultäten 530 Ordinarien, was einem Anteil von 21 % entsprach. 1988 lehrten in den aus der Philosophischen Fakultät hervorgegangenen Fachbereichen einschließlich der Zugänge aus den fast überall integrierten Pädagogischen Hochschulen 2.170 Ordinarien, was einem Anteil von ebenfalls 21 % entsprach.

Zu Beginn wurde die Hochschulexpansion vor allem, aber nicht nur in den Geisteswissenschaften von der Expansion des Lehramtsstudiums getragen. Gab es 1960 erst 11.000 Lehramtsabsolventen, waren es 1976 mit 40.000 fast viermal so viel (*Block 1991 a*). Mitte der 70er Jahre hatten 43 von 100 Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen für den Lehrerberuf studiert. Auch wenn dies in den Fächern nicht so wahrgenommen worden war, wurden die Geisteswissenschaften nicht etwa ausgebaut, weil man mehr Germanisten, Historiker, Anglisten, Romanisten oder Geographen ausbilden wollte, geschweige denn einen zusätzlichen Forschungsbedarf ausgemacht hatte, sondern weil in der Gesellschaft Konsens bestand, daß mehr Lehrer gebraucht würden.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre kippte der Lehrerarbeitsmarkt um und die Anfängerzahlen gingen zurück. Die Antwort der Philosophischen Fakultät und ihrer Studenten war der Magister, der an mehreren Universitäten zwar schon früher eingeführt worden war, aber erst in den späten 70er Jahren quantitative Bedeutung erlangte und rasch an allen Philosophischen Fakultäten eingeführt wurde. Mehr und mehr Studenten schrieben sich dafür ein, ohne ein konkretes Berufsziel vor Augen zu haben, manche aus Interesse an den Gegenständen des Faches, andere aus Verlegenheit, denn (irgend) ein Studium gehört zur Lebensplanung derer, die Abitur machen. Die neuen Studiengänge waren für die Philologien überlebensnotwendig, weil die

dort eingeschriebenen Studenten halfen, den Stellenbestand vor dem Zugriff anderer Fächer zu sichern, denn die Hochschulpolitik war inzwischen dazu übergegangen, den Personalbedarf eines Faches nach der Studentenzahl und der Kapazitätsauslastung zu berechnen.

Diese von keinem Plan vorgezeichnete Umstrukturierung des Studienangebots führte zu einem völlig neuen Typ eines Geisteswissenschaftlers ohne Promotion, der bald in immer größerer Zahl die Hochschulen verließ, denn dieses neue Studienangebot wurde von den Studenten erstaunlich rasch angenommen. Im Gegensatz zu den Vorstellungen des Hochschulrahmengesetzes sind die Magisterstudiengänge von ihrer Anlage her nicht berufsorientiert, denn die Profession des Magisters gibt es nicht und wird es auch nicht geben. Magisterstudiengänge sind keine Ausbildung für "Brotstudenten", sondern bieten ein Lehrangebot für Studenten, die an Gegenständen und Inhalten der Geisteswissenschaften interessiert sind. Die Magisterordnungen wurden vielfach aus Promotionsordnungen abgeleitet, entsprechend dominiert das Studienziel des Wissenschaftlers. Der Magister wurde zu einer Etappe auf dem Weg zum Dr. phil., der von immer mehr Geisteswissenschaftlern erworben wurde.

Wie ist diese "Strategie", den Magister einzuführen, hochschulpolitisch zu bewerten? Ist diese Abkehr von der vorher in den Fächern vielfach unbeliebten Lehrerausbildung eine Chance für die Philosophische Fakultät? Ist es die Korrektur einer jahrelangen Fehlentwicklung der Universitäten zu Lehranstalten für akademische Berufe, so daß die beim Ansturm der vielen Lehramtsstudenten in den 60er Jahren verloren gegangenen Leitideen der Philosophischen Fakultät wieder reaktiviert werden können? Taugt der Magister für eine neue Leitidee der Philosophischen Fakultät in einer Universität, in der 25 % eines Altersjahrgangs studieren?

Es ist an deutschen Hochschulen nicht üblich, Fragen nach den Leistungen einzelner Studiengänge und ihrer Bewährung auf dem Arbeitsmarkt zu stellen. Deswegen fehlt es auch an einem Konsens über die Kriterien der Bewertung ebenso wie an verlässlichen Daten, die man braucht, wenn man zum Beispiel nach Fachwechsel- und Abbruchquoten, nach dem Urteil der Absolventen über ihr Studium oder nach ihrem Berufserfolg fragt, um nur einige mögliche Kriterien für eine Bewertung von Studiengängen zu nennen. Ist es aber hochschulpolitisch zu verantworten, deswegen diesen Fragen auszuweichen?

Zunächst gilt es der Fehleinschätzung zu begegnen, die Funktion der großen geisteswissenschaftlichen Fächer habe sich als Folge der Hochschulexpansion von der Pflege der Wissenschaft zur Berufsausbildung gewandelt. Deswegen

sei der Magister die Chance für die Wiederherstellung des Status quo ante. Wer mit diesem Argument für eine von Berufsorientierung "befreite" Philosophische Fakultät plädiert, verkennt ihre Geschichte. Diese konnte ihre Bedeutung im 19. Jahrhundert nur deshalb gewinnen, weil die höheren staatlichen Schulen und die Universität eng miteinander verkoppelt wurden: Der Aufstieg der Philosophischen Fakultät verdankt sich dem des Gymnasiums. Drei staatliche Regulierungsmaßnahmen zu Beginn des 19. Jahrhunderts sind hier zu nennen: Mit den Humboldt'schen Universitätsreformen wurde erstens verfügt, daß nur studieren durfte, wer die Reifeprüfung hatte. Zweitens konnten nur diejenigen Schüler die Reifeprüfung passieren, die von Philologen unterrichtet worden waren. Und Philologe konnte drittens nur werden, wer an einer Universität studiert hatte. Nicht die "aufgeklärte" Pflege der Wissenschaft war also Hauptfunktion der großen Fächer der Philosophischen Fakultät, sondern die Ausbildung von Lehrern, was allerdings nicht heißt, daß deswegen die Studiengänge eng auf das Berufsziel Gymnasiallehrer ausgelegt sein mußten.

Den Status quo ante wiederherzustellen wäre aber für die Philosophische Fakultät mit einer erheblichen Reduktion der Personalkapazität verbunden. Hieran ändert auch die momentan wieder leicht gestiegene Nachfrage der Kultusverwaltungen nach Lehrern nur wenig, denn in erster Linie werden Lehrer für naturwissenschaftliche und künstlerische Fächer gesucht. Die Magisterstrategie der Philosophischen Fakultät ist deswegen verständlich. Sie ist offenbar auch nachfragegerecht, weil sich viele Studenten für diese Studiengänge interessieren. Die über 40.000 Anfänger, die sich jährlich dafür einschreiben, optieren in ihrer Mehrzahl gegen ein "Brotstudium" in Informatik, Betriebswirtschaft oder Jura. Insoweit erscheint der Magister hinreichend gerechtfertigt, fügt sich der Verweis auf das Studienwahlverhalten der Abiturienten doch harmonisch in die vorherrschenden Leitlinien der Hochschulpolitik ein, die sich für nachfrageorientierten Ausbau, Überlastmaßnahmen und Offenhalten der Hochschulen entschieden hat. Aber Studentenzahlen sagen nicht alles über den Erfolg eines Studiengangskonzepts. Viel wichtiger ist die Beobachtung, daß gerade in den geisteswissenschaftlichen Magisterstudiengängen immer mehr Studenten am Sinn ihres Studiums zweifeln, das Studium zur Nebentätigkeit erklären und sukzessive aus der Universität "aussteigen". Den Geisteswissenschaften gelingt es mit den Magisterstudiengängen nicht, einer großen Zahl von Studenten die Idee der Universität und mit ihr den Sinn akademischer Bildung zu vermitteln. Für viele der jährlich über 40.000 Studienanfänger reicht allein das Interesse am Fach eben doch nicht. Lange Studienzeiten, ein hoher Anteil von Fachwechslern, geringe Examensquoten sowie die Tendenz zu berufsorientierten Aufbaustudiengängen und Umschulungsmaßnahmen für diejenigen, die durchhalten, sind unübersehbare Krisensymptome des Studienangebots der Philosophischen

Fakultäten. Wenn es inzwischen in manchen geisteswissenschaftlichen Magisterstudiengängen keine Seltenheit mehr ist, daß 70 % oder gar 80 % der Anfänger nach einem oder mehreren Semestern den Studiengang wechseln und viele davon die Hochschule ohne Examen verlassen, dann sind das unübersehbare Krisensymptome. Im Wirtschaftsleben wären Unternehmen mit einer derartigen "Erfolgsquote" kaum überlebensfähig. Das herrschende System der Hochschulfinanzierung, das Studienanfänger- und Studentenzahlen prämiiert und damit eine Tonnenideologie fördert, immunisiert die Fakultäten weitgehend vor der Konfrontation mit ihren Lehrerfolgen. Große Teile der Universitäten haben sich faktisch in einen "Vorhof des Arbeitsamtes" verwandelt, schreibt Bodo von Greiff (1991) und meint damit zu allererst die Massenfächer der Geistes- und Sozialwissenschaften, die zu "Orten der gehobenen Verwahrlosung" heruntergekommen seien. "Das Studium, eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme mit BAföG?"

Für die große Masse ihrer Studierenden hat die Strategie "Magister" also nicht zu einer erfolgreichen Strukturreform im (Aus-)Bildungsangebot der Philosophischen Fakultät geführt. Vielleicht sähe die Bilanz anders aus, wenn es jährlich nur 4.000 Anfänger wären. Dafür müßten dann aber Alternativen zum Lehramt und zum Magister angeboten werden, denn die Studienwünsche der Abiturienten können nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Hochschulzugang nicht einfach übergangen werden.

In der Hoffnung auf einen reibungsloseren Berufseintritt der Absolventen haben einige Fächer ergänzend in einer zweiten Strategie geisteswissenschaftliche Diplomstudiengänge entwickelt. So gibt es zum Beispiel Diplom-Anglisten, Diplom-Publizisten, Diplom-Ostasienwissenschaftler und Diplom-Kulturwirte. Und auch manche Magisterstudiengänge sollen durch Betriebspraktika, Computerkurse und Wirtschaftskunde an Betriebsnähe gewinnen. Es gibt bereits den Magister in angewandter Kulturwissenschaft mit Fremdenverkehrsbetriebslehre, Medienkunde und Öffentlichkeitsarbeit auf dem Programm. Solche aus der Arbeitsplatznot der Absolventen und dem Stellensicherungsstreben der Fakultäten geborenen Studiengangsinnovationen wären vor zehn Jahren noch undenkbar gewesen. Damals hatte der Wissenschaftsrat einen Kurzstudiengang mit einer Mischung aus Fremdsprachen, Landeskunde und Betriebswirtschaft vorgeschlagen. Das Konzept fand in den Fakultäten keinen Anklang, man rümpfte die Nase, das war Berufsausbildung an der Universität, und das durfte laut Humboldt nicht sein. Die Zeiten wandeln sich. Die Bewährungsprobe der neuen Diplomstudiengänge steht jedoch noch aus. Werden die diplomierten Kulturwissenschaftler auf dem Arbeitsmarkt mehr Erfolg haben als ihre Kommilitonen mit einem Magisterabschluß? Möglicherweise gelingt es, einige Nischen des Arbeitsmarktes zu besetzen und über in das Studium integrierte Praxisphasen den Zugang zu Verwal-

tungsberufen der Wirtschaft zu finden, was gegenwärtig vielfach nur nach Zusatzkursen, Aufbaustudiengängen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen möglich ist. Ein solcher Arbeitsmarkterfolg wäre nicht gering zu schätzen, auch wenn diese Strategie kaum für jährlich 40.000 Studienanfänger tauglich sein dürfte.

Schaut man auf die Inhalte mancher neuer Studiengänge und auf das Bemühen um Praxissemester, Beteiligung der Berufspraxis an der Lehre und Berufsorientierung der Lehrinhalte, stellt sich freilich die Frage nach dem richtigen institutionellen Ort für derartige Studiengänge im differenzierten deutschen Hochschulsystem. Wären die Fachhochschulen nicht die geeignete Institution für derartige berufsorientierte Studiengänge? Den Fachhochschulen fehlen dafür jedoch die Ressourcen. Außerdem haben die Universitäten ihnen ins Stammbuch geschrieben, daß sie beim hergebrachten Fächerspektrum bleiben sollen. Der Wettbewerb dürfe nicht zum Wildern in Nachbars Revier führen.

Eine dritte Strategie für das Studienangebot der Philosophischen Fakultät lehnt sich an das anglo-amerikanische Modell eines allgemeinbildenden Kulturstudiums nach dem Modell des *bachelor* in den *liberal arts* an. Darauf kann in einer zweiten Stufe eine Berufsausbildung aufbauen, für die dann "*professional schools*" zuständig wären, oder es schließt sich der direkte Übergang in den Beruf an, wo spezifische Kompetenzen in berufseinführenden Lehrgängen erworben werden. Neben den *professional schools* gibt es *graduate schools*, die eine Berufsausbildung für Wissenschaftler anbieten. Bildungsplaner haben dieses anglo-amerikanische Modell empfohlen, als die deutschen Universitäten auf Expansion ausgerichtet wurden. Damals glaubte man, man könnte das deutsche Universitätsmodell grundlegend ummodellieren. Man kannte das amerikanische Modell von Studienaufenthalt und hatte gesehen, wie hier die Qualität universitären Studiums mit der Quantität einer breiten Ausbildung versöhnt worden war. Auch der Wissenschaftsrat hat dieses Modell zeitweise propagiert. In den Universitäten hatte dieser Plan jedoch keine ernsthafte Chance. Der Philosophische Fakultätentag hat sich sofort entrüstet, und in den Feuilletons der überregionalen Zeitungen wurde der Untergang der Philosophischen Fakultät vorhergesagt, die mit ihren 200.000 Studenten doch schon längst untergegangen war. Und parallel dazu schoß sich dann die Wirtschaft auf die universitären Kurzstudiengänge ein, weil sie darin eine Gefährdung der Fachhochschulen sah. Dabei hatten die Fachhochschulen gar keine geisteswissenschaftlichen Studiengänge.

Wie soll man diese Strategie bewerten? Sie wurde ja nirgends realisiert. Sie war wohl auch von vornherein ohne Chancen, denn in Deutschland wird Ausbildungsqualität immer noch über die Studiendauer definiert: Ein Fachhochschulstudium ist weniger wert, weil es kürzer ist. Ein dreijähriges Universitätsstudium muß deswegen auch weniger wert sein als ein vierjähriges. Gegen das Laufbahnwesen des öffentlichen Dienstes, das "A 13-Syndrom" und dessen Verknüpfung mit den Bildungsabschlüssen ist die Hochschulpolitik bislang machtlos geblieben.

Die vierte Strategie ist der Aufbaustudiengang, der "*Master of Arts*". Bei dieser Strategie kommt auf den ersten Abschluß noch etwas drauf, entweder eine wissenschaftliche Veredelung oder eine praxisbezogene Berufsausbildung. Auch für diese Idee gibt es anglo-amerikanische Vorbilder. Viele Professoren, die aus Oxford, Harvard oder Berkeley zurückkamen, propagierten für ihr Fach einen Aufbaustudiengang. Vier Semester reine Wissenschaft und dann den *Master of Arts*. Inzwischen gibt es an den deutschen Universitäten schon eine ganze Reihe von Aufbaustudiengängen, ohne daß allerdings die Grundausbildung verkürzt worden wäre. So steht denn diese Strategie allzusehr im Geruch, auf diesem Wege ansonsten unterausgelastete Personalkapazitäten für das Fach retten zu wollen.

Bei der hochschulpolitischen Bewertung von Aufbaustudiengängen darf ein Umstand nicht außer Acht gelassen werden, auf dem ihr Erfolg in Ländern mit dem angelsächsischen Universitätssystem beruht: In Oxford sind die Studenten 21 oder 22 Jahre alt, wenn sie nach drei Studienjahren in einen Aufbaustudiengang wechseln. In diesem Alter fängt man bei uns mit einem fünf- bis sechsjährigen Studium an. Nach zwölf Jahren Schule und drei Jahren Studium läßt sich in Oxford ein Aufbaustudium verantworten. Nach sechs oder acht Semestern macht es Sinn, auf ein *liberal arts*-Studium eine wissenschaftsbezogene oder alternativ dazu eine berufsbezogene Ausbildung aufzusetzen. In Deutschland jedoch dauert der Magister allein so lange wie in Oxford *bachelor* und *master* zusammen. Weil also der erste Teil der Strukturreform (dreijähriges *B.A.*-Studium) nicht durchgeführt wurde, konnte der zweite Teil (Aufbaustudium) auch nicht gelingen.

Der bisher letzte Anlauf für die Reform des Universitätsstudiums sind die Graduiertenkollegs. Die Erinnerung an Bert Brecht drängt sich auf: "Nun mach nur noch 'nen Plan und noch 'nen anderen, funktionieren tun sie beide nicht". Die Idee der Graduiertenkollegs wurde im Wissenschaftsrat unter dem Vorsitz des Motivationspsychologen Heinz Heckhausen entwickelt. Diese Strategie versucht aus dem Scheitern früherer Pläne zu lernen. So werden keine Kurzstudiengänge vorgeschlagen, die in Deutschland hochschulpolitisch diskreditiert sind. Vielmehr sollen die Professoren über die

verbesserte Förderung der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in neu zu etablierenden Graduiertenkollegs für die Strukturreform des Studiums interessiert werden. Die empfohlenen Graduiertenkollegs stehen in engem Zusammenhang mit dem Plan, die Diplom- und Magisterstudiengänge so zu gestalten, daß diese in vier Jahren plus drei Monaten studiert werden können. Straffung der grundständigen Studiengänge durch Entrümpelung und Verlagerung von Spezialitäten ins Graduiertenstudium hieß die Devise. Inzwischen droht jedoch der erste Teil dieser Strukturreform erneut schon wieder in Vergessenheit zu geraten, und es steht zu befürchten, daß die studienreformerischen Wirkungen der Graduiertenkollegs ausbleiben. Dagegen gibt es trotz der am Anfang beeindruckenden Ablehnungsfront ein großes Interesse an den Graduiertenkollegs. Diese wurden von den Gewerkschaften und Studentenvertretungen abgelehnt, weil sie elitär sind. Der Philosophische Fakultätentag war dagegen, weil er am Doktorvatersystem nicht rütteln wollte und das Danaergeschenk des "4plus-Modells" ablehnte. Die Universitäten befürchteten eine Umverteilung von Mitteln und einen Autonomieverlust zugunsten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die ähnlich wie bei den Sonderforschungsbereichen nach wissenschaftlichen Kriterien über die Einrichtung von Graduiertenkollegs entscheidet. Trotz dieser Widerstände gibt es inzwischen schon über 200 Graduiertenkollegs und viel mehr Anträge, als finanziert werden können.

Für die Geisteswissenschaften können Graduiertenkollegs besondere Chancen bieten, weil die Unzulänglichkeiten der herkömmlichen Doktorandenförderung hier besonders groß sind und andere Formen der Förderung der Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchs weniger passen. Die Frage drängt sich jedoch auf, ob es bildungspolitisch zu verantworten ist, in großer Zahl Graduiertenkollegs einzurichten, die sich unter der Patronage der DFG zu Forschungskollegs entwickeln, wenn es nicht gelingt, die Studiendauer bis zum Diplom oder Magister spürbar zu verkürzen.

Wie die Analyse der Studienreformbemühungen in der Philosophischen Fakultät zeigt, sind die Strukturen der deutschen Universität trotz Vervielfachung der Personalkapazitäten und ungeachtet der noch stärkeren Expansion der Studentenzahlen erstaunlich resistent. Zwar ist vielen Fächern der Philosophischen Fakultät die handlungsleitende Idee für die Lehre abhanden gekommen. Zwar sehen immer mehr Studenten im Studium immer weniger Sinn und steigen heimlich aus. Aber der Problemdruck geht an den Verantwortlichen in Universität und Politik vorbei und verläuft sich, weil es an einer eindeutigen Zurechnung der Verantwortung für die Lehre fehlt. Die Betroffenen resignieren angesichts ihrer Ohnmacht und ziehen sich zurück, die einen ins Private, die anderen in die Forschung. Die Gesellschaft interessiert sich kaum noch für die "nutzlosen" Geisteswissenschaften an den

Universitäten, während im Gegensatz dazu Kunst, Kultur und Literatur sich großer Aufmerksamkeit erfreuen. Nach 30 Jahren Hochschulexpansion stekken die Philosophischen Fakultäten, was Selbstverständnis und Rolle im Hochschulsystem angeht, in einer tiefen Krise, die im Kern auf unbewältigte Folgen eben dieser Expansion zurückgeht.

Und ebenso steckt die Hochschulpolitik in einer Krise, weil ihr bisheriges Instrumentarium versagt: Weder hastige Finanzspritzen noch schärfere staatliche Reglementierungen können einen Ausweg aus der Misere weisen. Notwendig ist nicht nur eine verbesserte Finanzausstattung, weil immer mehr junge Menschen studieren wollen. Mehr Geld allein löst die Probleme nicht. Notwendig ist vielmehr eine neue Ordnungspolitik für die Hochschulen, orientiert an Wettbewerb, Differenzierung, Konsumentensouveränität, Evaluation, Deregulierung und Entstaatlichung als neuen Leitbegriffen (*Wissenschaftsrat 1993*). Vielleicht versucht man es künftig mit einer veränderten Budgetierung, die die Finanzierung der Fakultäten von ihren Leistungen abhängig macht. Wenn es leistungsgesteuerte Drittmittelzuweisungen für die Forschung gibt, sollte es auch leistungsgesteuerte Drittmittelzuweisungen für die Lehre geben (*Block 1991 b*). Und für die Bewertung der Lehrleistung sollte man zuerst die Studenten und Absolventen heranziehen und zusätzlich nach dem Urteil von Arbeitgebern und externen Fachwissenschaftlern fragen. Erfolge und Mißerfolge in der Lehre dürfen nicht länger folgenlos bleiben. Deswegen müßte die Verantwortung für die Lehre an den Dekanen und Prüfungsausschußvorsitzenden festgemacht werden, die zugleich Kompetenzen für die Verteilung von Lehraufgaben und von Ressourcen erhalten sollten. Schließlich müßten die staatlichen Reglementierungen bei der Mittelverwendung und ebenso bei den Studien- und Prüfungsordnungen durchforstet werden. Es gilt, Innovationen zu fördern, anstatt diese mit dem Argument bundesweit vereinheitlichter, in Rahmenordnungen festgezurrtter Orthodoxien zu behindern. Solcherart Leitideen sind der deutschen Hochschulpolitik fremd. Sie könnten ein ordnungspolitisches Fundament darstellen für eine gesellschaftlich verantwortliche Autonomie einer Hochschule der Industriegesellschaft, die sich gleichermaßen der qualifizierten Ausbildung für viele wie der Pflege der Wissenschaften verantwortlich weiß.

Eine aktuelle Strategie, vom Wissenschaftsrat seit langem propagiert und inzwischen in einem breiten Konsens von Hochschulrektorenkonferenz, Bund und Ländern - unabhängig von der politischen Couleur - vertreten, ist der Ausbau der Fachhochschulen. Meist wird dabei allerdings an die Fächer gedacht, die schon seit langem an den Fachhochschulen etabliert sind. Es gibt jedoch schon einige Pläne, hier und da auch schon realisiert, für "geisteswissenschaftliche" Fachhochschulstudiengänge. Dabei handelt es sich i.d.R. um Kombinationen von Fremdsprachen, Landeskunde und Betriebs-

wirtschaft, aber auch um Informationswissenschaft oder Museologie (*Ministerium für Wissenschaft und Forschung Baden-Württemberg 1993*). Quantitativ fallen die hier vorgesehenen Kapazitäten nicht ins Gewicht, so daß diese Strategie die Philosophischen Fakultäten kaum nennenswert entlasten kann, es sei denn, man würde ernsthaft Fächer und Ressourcen verlagern, was jedoch politisch kaum durchsetzungsfähig sein wird. Bleibt deswegen an den Philosophischen Fakultäten alles beim alten, nur immer schlimmer mit vielen Anfängern und wenigen Absolventen, von denen immer mehr erst nach teuren Weiterbildungskursen kommerzieller Berufsbildungswerke und AB-Maßnahmen den Weg in einen Beruf finden, den sie auch ohne Magister hätten ergreifen können? Das Studium also ein Bildungsvergnügen für die, die es sich leisten können?

Es sieht nicht so aus, daß die Philosophischen Fakultäten eine überzeugende Antwort auf das gestiegene Interesse der Jugend an einem Hochschulstudium gefunden hätten. So viel steht fest: Den Magister kann man kaum als erfolgreiche Antwort bezeichnen. Sollte am Ende doch das angelsächsische Hochschulmodell den Weg in die Zukunft weisen?

## Literaturverzeichnis

*Block, H.-J. (1991 a):* Arbeitsmärkte für Hochschulabsolventen aus den Geisteswissenschaften. In: Müller, E.; Pfeiffer, K. L.; Wagner, B. (Hrsg.): Geisteswissen. Vom wissenschaftlichen Problem zur problemorientierten Wissenschaft. Frankfurt

*Block, H.-J. (1991 b):* Überlegungen für mehr Wettbewerb in der Lehre. In: Institut der Deutschen Wirtschaft. Streitsache: Wettbewerbsstrategien für die Hochschullehre. Köln

*Greiff, B. v. (1991):* Diogenes falsch verstanden: Tonnenideologie an der Universität. In: Leviathan 1991, 2, S. 166-174

*Ministerium für Wissenschaft und Forschung Baden-Württemberg (1993):* Fächerspektrum an Fachhochschulen. Aktuelle Reihe Nr. 5. Stuttgart

*Wissenschaftsrat (1993):* 10 Thesen zur Hochschulpolitik. Köln

### Anschrift des Verfassers:

Professor Dr. Hans-Jürgen Block  
Fachhochschule Westküste  
Rungholtstr. 9

25746 Heide